

Prof. Dr. Michael Eilfort, Berlin/Tübingen

Aktualisierter Beitrag zum Thema „**NICHTWÄHLER**“

Stand 01. 08. 2009

Grundlage: Dissertation „Die Nichtwähler“, 1994

Wahlenthaltung: Ein vielschichtiges Phänomen mit wachsender politischer Bedeutung

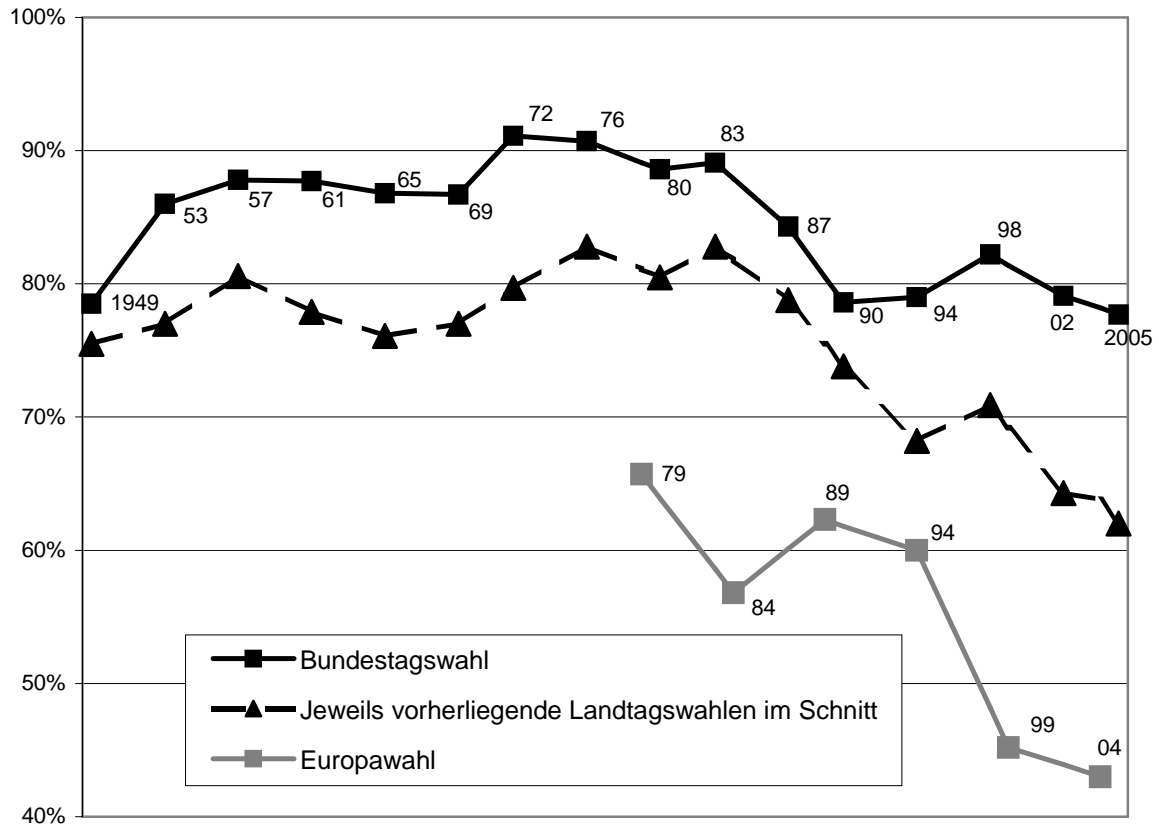
Wählen ist nicht mehr Konvention, Enthaltung nicht mehr nur Desinteresse

1. Enthaltung bleibt im Trend

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 wurde mit einer Beteiligung von 77,7% das niedrigste (Bundestags-)Wahlengagement in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verzeichnet. Ungeachtet des bis zuletzt ungewissen Ausgangs konnten die angetretenen Parteien weniger Wähler mobilisieren als bei allen vorherigen Entscheidungen, etwas weniger sogar als bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990, die bereits im Vorfeld als entschieden galt. Das Resultat 2005 war in besonderer Hinsicht bemerkenswert, weil durch das Antreten der aus PDS und „Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) zusammengesetzten „Linken“ ein neues Angebot für potentielle Wähler der bis dahin amtierenden rot-grünen Bundesregierung bestand, die besonders von der SPD enttäuscht, aber nicht bereit waren, in das andere politische Lager überzulaufen.

Weit jenseits von Bundestagswahlen sprechen die Beteiligungswerte der Jahre 1976 bis 2009 insgesamt eine klare Sprache: Wahlenthaltung liegt im Trend, seit der Jahrtausendwende haben sich die Nichtwähler sogar als numerische „Hauptgewinner“ fast aller Wahlgänge erwiesen. Abgesehen von den Bundestagswahlen haben sich meist mehr Wahlberechtigte enthalten als für die jeweils stärkste Partei entschieden. Bei nahezu allen Abstimmungen auf Landesebene fiel im Vergleich zum jeweiligen Urnengang zuvor die Beteiligung ab, oft in starkem Maß: So zuletzt 2009 in Hessen auf das Rekordtief von 61% (1978 waren es bei der hessischen Landtagswahl noch stolze 87,7%!) und 2008 in Niedersachsen um gleich zehn Prozentpunkte auf das Rekordtief 57% (nach einem Rückgang schon um 6,8 Punkte gegenüber 1998). Des weiteren unter anderem 2002 um gleich 15 Prozentpunkte in Sachsen-Anhalt, 2003 um 12,7 in Bayern (2008 stieg sie nur wieder um einen Prozentpunkt), 2002 um 8,8 in Mecklenburg-Vorpommern, 2001 um 8,7 in Rheinland-Pfalz, 2004 um 7,2 im Saarland, 2003 um 6,8 in Niedersachsen, schließlich 2006 um fast zehn Prozentpunkte in Baden-Württemberg (nachdem schon der Rückgang 2001 gegenüber 1996 fünf Prozentpunkte ausgemacht hatte). In ähnlicher Weise wurden bei vielen Kommunalwahlen früher nicht für möglich gehaltene Werte erreicht bzw. verfehlt. Die 50-Prozent-Marke ist bei Kommunalwahlen nicht mehr gesetzt und wird auch auf Landesebene in absehbarer Zeit des öfteren fallen. Von der unterschätzten Europawahl gar nicht zu sprechen – die in Brandenburg dabei 2004 „erzielten“ 26,9% Beteiligung sind schwer zu unterbieten. Das historisch niedrige bundesweite Engagement der Wahlberechtigten bei der Europawahl 2004 (43%) wurde im Juni 2009 auf schwachem Niveau „konsolidiert (42,3%).

Wahlbeteiligung: 30 Jahre Rückgang



Der seit Mitte der 80er Jahre erkennbare langfristige Trend zur Zunahme der Wahlenthaltung auf allen Ebenen setzt sich also fort. Das starke Anwachsen der Nichtwählerzahlen - eines der herausragenden politischen Phänomene der letzten drei Jahrzehnte - führt offensichtlich weiterhin zu immer neuen Rekordtiefen der Wahlbeteiligung. Auch in den neuen Bundesländern ging, nachdem die Euphorie der Wiedervereinigung und der Reiz des Neuen verfliegen waren, der Wahleifer rasch und stark zurück.

All das bedeutete insgesamt die Umkehr einer Entwicklung, die in Deutschland länger als ein Jahrhundert andauerte. Nach Einführung des allgemeinen, bis 1919 aber auf die Männer beschränkten Wahlrechts hatte die Wahlbeteiligung generell relativ kontinuierlich zugenommen, so z.B. von der Reichstagswahl 1871 mit 51,0 Prozent bis zur Bundestagswahl 1972 mit 91,1

Prozent. Dann blieb sie mehr als ein Jahrzehnt auf hohem Niveau annähernd konstant, bis mit den Bundestagswahlen 1987 und 1990 eine Tendenzwende augenfällig (ausführlich Eilfort 1994:44ff.) und seitdem insgesamt bestätigt wurde.

2. Nichtwähler: Sammelbecken, keine „Partei“

Die verbreitete Annahme, diese sinkenden Wahlbeteiligungswerte kündeten von einer Krise der Demokratie oder zumindest der politischen Institutionen der Bundesrepublik, ist auch auf den schon vom ersten deutschen "Nichtwahlforscher" Würzburger eingeführten, irreführenden Begriff von der "Partei der Nichtwähler" (Würzburger 1907: 381) zurückzuführen. So griffig aber dieser insbesondere von den Medien immer noch gern benutzte Ausdruck ist, so falsch ist er, weil eine Homogenität vorgegaukelt wird, die es erstens nicht gibt und die zweitens noch in eine bestimmte Richtung interpretiert wird: Durch das Wort von der "Partei der Nichtwähler" ist verbal auch ein Gegensatz, eine Abgrenzung zu den anderen Parteien konstruiert - denn "die" Nichtwähler müssten ja mit "den" Parteien unzufrieden sein, weil sie sonst wählen würden.

In Wahrheit jedoch waren, sind und werden die Nichtwähler auch in Zukunft keine "Partei" sein, sondern ein Sammelbecken mit von Wahl zu Wahl unterschiedlicher Zusammensetzung. Das einzige, was Nichtwähler verbindet, ist die Tatsache, daß sie nicht wählen. Es gibt Nichtwähler, die gar nicht existieren, Gleichgültige, Kranke, Verreiste, Einsame und viele mehr.

Schon in Zeiten höheren Wahleifers in Deutschland hatten unterschiedlichste Gründe Wahlenthaltung zur Folge, z.B. Fehler in Wählerverzeichnissen. Die anhand der Zahl der Wahlberechtigten sowie der abgegebenen Stimmen ermittelte statistische Wahlbeteiligung fällt prinzipiell geringer aus als die wirkliche Wahlbeteiligung. So gehen zwischen der Erstellung der Wählerverzeichnisse und dem Wahltag Verstorbene sowie ohne Abmeldung Verzogene als Nichtwähler in die amtliche Statistik ein, obwohl sie am entsprechenden Ort gar nicht wählen konnten. Zu diesen "unechten Nichtwählern" kommen "Nichtwähler wider Willen". Das sind z.B. kurzfristig erkrankte oder verreiste Bürger, die ohne erheblichen Aufwand keine Möglichkeit zur Stimmabgabe hatten, und Briefwähler, deren Stimmzettel zu spät oder ohne

beiliegenden Wahlschein eintreffen. Des weiteren hinzuaddieren müßte man grundsätzliche Nichtwähler wie z.B. die meisten Obdachlosen oder andere besonders schwere Ausprägungen sogenannter „Randständigkeit“, ebenso die Zeugen Jehovas, die, da sie sich bei jeder Wahl enthalten, nicht für politische Veränderungen sorgen (vgl. Lavies 1973: 31ff.).

Die Zahl all der eben genannten, strukturellen und grundsätzlichen "Nichtwähler" dürfte trotz verbesserter statistischer Erfassungsmethoden und administrativer Erleichterungen insbesondere beim Zugang zur Briefwahl zusammen generell bei vermutlich 4 - 5 Prozent der jeweils ausgewiesenen "Wahlberechtigten" liegen. In der Bundesrepublik wäre darum - wie übrigens im Ergebnis tatsächlich in Ländern mit gesetzlicher Wahlpflicht - maximal eine Wahlbeteiligung von 95 Prozent erreichbar.

Sieht man einmal von der demokratietheoretischen Bewertung der quasi systematischen elektoralen Ausdruckslosigkeit ganzer Bevölkerungsgruppen wie der Obdachlosen in Deutschland oder vielerorts noch der Indianer oder Schwarzen in den USA ab – politisch interessant(er) sind Nichtwähler als potentielle „Wechselwähler“ zwischen Teilnahme und Enthaltung. Derartige Nichtwähler stehen auch im Zentrum dieser Betrachtung. Denn für politische Veränderungen von Wahl zu Wahl sorgen logischerweise nicht strukturelle, grundsätzliche Nichtwähler. Politische Auswirkungen hat konjunkturelle, also einer jeweils vorherrschenden politischen Konjunktur bzw. Lage geschuldete Wahlenthaltung.

3. Der systematische Oppositionseffekt – politische Auswirkung von Wahlenthaltung

Das nach langen Jahren schrumpfender Milieus und auch damit abnehmender Parteibindungen die politische Konjunktur immer bedeutsamer und die Spontaneität bzw. Kurzfristigkeit der Wahlentscheidungen immer größer wird, hat im September 2005 auch die Union – für sie wie für viele Demoskopen überraschend – erfahren. Sie konnte, anders als angenommen, ihre potentiellen Wähler nicht umfassend mobilisieren: Viele verzichteten sozusagen in letzter Minute auf den Wahlgang und bestätigten so den Trend zu wachsender Unberechenbarkeit des immer wechselbereiteren Wahlvolks wie die damit wachsende politische Bedeutung des

Phänomens Wahlenthaltung. Schon länger machen in Deutschland nicht mehr nur die Wähler Regierungen. Auch vor der Bundestagswahl 2009 treibt die Sorge um die Mobilisierung ihrer potentiellen Klientel die Wahlkampfmanager vor allem der drei in der Großen Koalition vereinten Volksparteien CDU, CSU und SPD um.

So war auch eine zentrale politische Veränderung nach 1999, nämlich erst der Wechsel der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat und dann die dort erdrückende Dominanz der Union, auf eine große Gruppe von konjunkturellen - und damit vorübergehenden – Nichtwählern zurückzuführen, deren Wahlverzicht besonders der CDU und - im Osten - auch der PDS nützte: Frustrierte SPD-Wähler der Bundestagswahlen 1998 und 2002. SPD-Stamm- wie Laufkunden sind scharenweise den Wahllokale ferngeblieben. Was 1998 die "neue Mitte" gewesen sein soll, wurde die neue Leere - in den Urnen. Wo die Wahlbeteiligung merklich sank, verlor tendenziell vor allem die in der Hauptstadt regierende SPD deutlich, z.B. in Niedersachsen und Bayern 2003. Nur bei der Bundestagswahl 2002 konnte sie zwischenzeitlich nochmals ausreichend mobilisieren.

Neu ist diese Erscheinung nicht, sondern schon länger als "systematischer Oppositionseffekt" (vgl. Feist/Liepelt 1981:36) bekannt. Er hängt mit der traditionellen, fest in den Köpfen der Menschen verankerten Wahlhierarchie zusammen: Sie räumen der Bundestagswahl die mit Abstand größte Bedeutung ein, dann folgt die Landtagswahl und darauf wiederum mit großem Abstand die Europawahl sowie am Ende die Kommunalwahlen (Eilfort 1994:299). Je unbedeutender eine Wahl eingeschätzt wird, desto größer die Neigung, Unmut oder Enttäuschung auszuleben und an der normalerweise bevorzugten Partei sein Mütchen zu kühlen, z.B. durch bewußte Wahlenthaltung oder, einen Schritt weitergehend, durch Protestwahl.

Wer nun auf der als wichtigsten Ebene und besonders intensiv wahrgenommenen, im Bund, in der Regierungsverantwortung steht, macht fast zwangsläufig auch Fehler, enttäuscht vielleicht Erwartungen, muß Kompromisse suchen. Schnell treten Widersprüche und Streit zutage, wo vor der Machtübernahme niemand so genau hinschaute. Die Folge: Die Bonner und jetzt Berliner Regierenden können bei Landtags- und Kommunalwahlen ihre möglichen Wähler weniger gut

motivieren als die Opposition im Bund, die von der dann geringeren Wahlbeteiligung mit prozentualen Gewinnen profitiert - ohne dabei zwangsläufig die eigenen Stimmen zu mehren.

Bis 1969 waren es eher bürgerliche Wähler, die regionale und kommunale Wahlen zum Protest nutzten, während nach dem Bonner Machtwechsel die Union ihrerseits in den 70er Jahren fast jedesmal hinzugewann, wo die Beteiligung gegenüber der Vorwahl absank. Von 1982 bis 1998 wiederum erwiesen sich Landtags- und Kommunalwahlen tendenziell als Ventil für Unzufriedene aus dem regierenden bürgerlichen Lager. Mit der bekannten Folge, daß die Opposition im Bundestag über den Bundesrat je nach Sprachgebrauch mitregieren oder blockieren und in den Ländern personelle Alternativen entwickeln kann. Genau dies geschah bis zum Frühjahr 2005 mit umgekehrten Vorzeichen: Nichtwähler haben, um nur einige Beispiele aus der Landespolitik zu nennen, die Erfolge von Roland Koch in Hessen 1999, Peter Müller im Saarland 1999, Bernhard Vogel in Thüringen 1999, Ole von Beust in Hamburg 2001, Wolfgang Böhmer in Sachsen-Anhalt 2002, Christian Wulff in Niedersachsen 2003 und Peter Harry Carstensen in Schleswig-Holstein 2005 erst möglich gemacht. Schon bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 1999 und 2004 war das Muster erkennbar gewesen: Sinkender Wahleifer ging zu Lasten der in Berlin und Düsseldorf regierenden SPD, während die Union ihr Wählerpotential weitgehend ausschöpfen konnte.

Mit dem auch von nunmehr die Union wählenden, vormaligen Nichtwählern verursachten Ende der letzten rot-grünen Landesregierung und dem Verlust der Regierungsbeteiligung der SPD in ihrem Stammland Nordrhein-Westfalen änderte sich im Mai 2005 die politische Agenda auch in Berlin dramatisch: Das Vorziehen der Bundestagswahl um ein Jahr war im wesentlichen eine Folge der Serie von verheerenden Wahlniederlagen für die SPD auf Landes- und Kommunalebene, mithin ein Ausfluß des „systematischen Oppositionseffekts“. Genauso zeigte das deutlich bessere Ergebnis der SPD in Nordrhein-Westfalen bei der Bundestagswahl 2005, dass viele potentielle Wähler mit entsprechender Parteineigung bei dem als am wichtigsten wahrgenommenen Urnengang dann eher wieder zu tatsächlichen Wählern eben ihrer eigentlichen Favoriten werden, die Bundestagswahl also kaum als Denkkzettelwahl gesehen wird.

Diejenigen jedenfalls, die den – während der Großen Koalition 2005 bis 2009 und ihrer breiten Mehrheit politisch weniger folgenreichen - "Oppositionseffekt" verursachen, können also - in den meisten Fällen wohl ungewollt - politische Weisheit an den Tag legen. Nichtwählen wird zum Politikum, weil es die Bundesregierung entweder daran hindert, zu mächtig zu werden oder, wie 2004/2005, ihre nicht mehr vorhandene Legitimation aufdeckt und Neuwahlen erzwingt. Wahlenthaltung entfaltet so eine ausgleichende Wirkung für das politische System, die Umfragen zufolge von der großen Mehrheit der Bevölkerung auch gewünscht und begrüßt wird: Als Krisenzeichen wäre sie somit nur für die in Berlin regierenden Parteien zu sehen, für das politische System dagegen nicht nur als Normalisierung oder besser Normalität, sondern sogar als ausgleichender und damit stabilisierender Faktor.

Ernüchterung nach Regierungswechseln ist demokratische Normalität. "Politikverdrossenheit" im Sinne allgemeiner Demokratieunzufriedenheit muß das nicht automatisch zur Folge haben. Erst wenn eine in Umfragen festgestellte breite Unzufriedenheit mit der jeweiligen Bundesregierung in eine Aversion gegen die Politik generell umschlägt, eine Wirtschaftskrise und/oder als politische Affären wahrgenommene Ereignisse nachhaltig die Stimmung trüben wie in den letzten "Verdrossenheitshochkonjunkturen" 1992/93 und 2000, sind mehr als tagespolitische Sorgen angebracht.

4. Die Stimmabgabe ist nicht mehr Bürgerpflicht

Worin also liegen die zentralen Gründe der in Deutschland seit Mitte der 1970er Jahre zunehmenden Wahlenthaltung? Die erste bedeutende Ursache spricht dafür, weiter zunehmende Nichtwählerzahlen vornehmlich als Ergebnis eines Normalisierungsprozesses gerade im internationalen Vergleich zu werten und sie ebensowenig dem politischen System und seinen Akteuren anzulasten: Die Wahlteilnahme wird immer weniger als Bürgerpflicht empfunden (vgl. Eilfort 1994:322ff.). Dies ist ein zentraler, struktureller Grund dafür, dass immer mehr konjunkturelle Nichtwähler zu registrieren sind: Weil eine strukturelle Motivation für Wahlteilnahme in den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts abhanden kam und der Wahlgang

heute nicht mehr als „Muss“, sondern als „Kann“ gesehen wird, entscheidet eben die jeweilige politische Konjunktur nicht nur über das Wie, sondern auch über das Ob der Wahlentscheidung.

Die starke soziale Norm des Wählen-Müssens war jahrzehntelang ein Charakteristikum der politischen Kultur in der Bundesrepublik und trug zu der im internationalen Vergleich enorm hohen Wahlbeteiligung entscheidend bei. Heute wird infolge des Wertewandels das Wahlrecht weitaus weniger als Wahlpflicht verstanden. Dies macht sich umso bemerkbarer, je jünger die Wahlberechtigten sind. Im Ergebnis führen viele und oft profane Gründe, die früher keinen vom Wahlgang abgehalten hätten, inzwischen zu Wahlenthaltung. Mit dem Rückgang der Auffassung von der Wahlteilnahme als Pflicht entstand wahrscheinlich erst die Voraussetzung dafür, daß es aus verschiedenen Gründen, die zuvor nur verdeckt wurden, zu vermehrter Wahlabstinenz kommen konnte. Diese erste wichtige Ursache abnehmender Wahlneigung muss also nicht quantitativ die bedeutsamste sein, steht aber in einer zur möglichen Enthaltung führenden „Entscheidungskette“ an vorderer Stelle.

Und kann man dabei nicht annehmen, daß gerade mäßig motivierte Bürger, die vormals des moralischen wie des persönlichen Anstoßes zur Stimmabgabe bedurften, heute die Nichtwähler sind, deren Enthaltung als aus Zufriedenheit entstandene Apathie bezeichnet werden kann? Daß sie die Normalisierungsthese untermauern, die davon ausgeht, dass bei stabilen politischen Verhältnissen über einen längeren Zeitraum hinweg, bei Vertrauen in das politische System und seine Institutionen und bei einer allgemeinen Zufriedenheit mit der Funktionsweise des Systems die Bürger zu einer geringeren Beteiligung bei Wahlen neigen? Dies ist leicht in alten und etablierten Demokratien wie den USA oder der Schweiz zu beobachten.

So hat der Wertewandel mit der Abnahme staatsbürgerlichen Pflichtbewußtseins in den Jahren vor dem Wechsel 2005 zur großen Koalition wohl auch zur in diesem Ausmaß bisher unbekanntem Ausprägung des „Oppositionseffekts“ beigetragen. Da man sich nicht mehr auf den Wahleifer verlassen kann, sondern viele Menschen nicht nur inhaltlich überzeugen, sondern überhaupt erst einmal zum Wahlgang motivieren muß, schlägt die negative Stimmung gegenüber der Bundesregierung doppelt durch - ganz besonders bei den Jungen: Diejenigen, die wählen gehen, bevorzugten immer mehr die Union, und ein noch größerer Teil als bisher üblich enthielt

sich eben. Dabei hätten - dies am Rande als gravierende politische Konsequenz von Wahlenthaltung - Jüngere eigentlich viel Interesse daran, sich gerade mehr als bisher zu beteiligen. Weil nämlich die über 60jährigen nicht nur schon bald mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten stellen, sondern auch wesentlich eifriger bei der Stimmabgabe sind, liegt ihr Anteil bei den Wählern entsprechend höher. Angesichts der bekannten demographischen Zahlen fiel es schon in den 1990er Jahren nicht schwer, zu prognostizieren, daß im Deutschland des 21. Jahrhunderts Ältere fast allein Wahlen entscheiden und die Interessen Jüngerer - z.B. in der Rentendiskussion - für Wahlkampfstrategen wenig Bedeutung haben mögen: Ein Besuch im Altersheim lohnt weitaus mehr als der im Jugendhaus!

An altbekannten soziologischen Mustern der Wahlbeteiligungsneigung hat sich in den letzten Jahrzehnten jedenfalls nur graduell etwas, substantiell aber wenig verändert. Das gilt zuallererst für den Zusammenhang zwischen Alter und Wahlbeteiligung. Eine einfache Regel bestätigt sich nicht nur in Deutschland bei Wahlen auf allen Ebenen: Die Neigung zur Wahlbeteiligung nimmt mit dem Alter stetig zu, erreicht ihren Gipfel bei den über 60jährigen und fällt im hohen Alter wieder ab. Die Differenz zwischen den Extremgruppen, den wahlfaulen 21 bis 24-jährigen nach dem verflungenen Reiz des Neuen und den höchst regen über 60jährigen, hat dabei seit den 1970er Jahren insgesamt zugenommen. Die Erklärung des Phänomens dürfte eher im sogenannten „Lebenszyklus-Modell“ liegen, nach dem das Wahlverhalten des Einzelnen stark von seiner Stellung im Lebenszyklus abhängt. Mit beruflicher Tätigkeit, familiärer Bindung und vor allem Kindern, insgesamt also seiner „Etablierung“, entwickelt der Einzelne mehr Interesse für die Politik und schätzt deren Bedeutung für ihn selbst höher ein. Nicht von der Hand zu weisen ist indes genauso der Ansatz der „politischen Generationen“, die in der Jugend vom jeweiligen historisch-politischen Umfeld geprägt wurden und dann Partizipationsprofile und Parteineigungen entwickelten, die sich nur noch wenig änderten (vgl. Eilfort 1994:199).

Die fehlenden Daten amtlicher Repräsentativstatistiken unter anderem für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 sind in diesem Zusammenhang ebenso zu bedauern wie bezüglich der Wahlneigung nach Geschlecht. Dass Männer eher als Frauen zur Wahlbeteiligung geneigt sind, war Jahrzehnte auch für Deutschland einer der am gründlichsten bewiesenen Zusammenhänge. Allerdings fand schon lange Jahre eine Nivellierung statt, durchbrochen wurde die Regel

allerdings nicht. Im Bund haben sich bei den Wahlen 1990 wie 2002 und 2005 die Frauen insgesamt nach wie vor in etwas geringerem Umfang engagiert, liegen aber in fast allen Altersgruppen unterhalb von 60 Jahren vorne. Hier deutet sich eine Verschiebung zumindest an.

Grundsätzlich wenig verändert haben sich auch die Beziehungen zwischen Konfession, Bildung, Einkommen und Wahlneigung: Je stärker die Bindung an eine Kirche, je höher der formale Bildungsgrad und – meist damit zusammenhängend – je höher das Einkommen, desto größer die Wahlneigung. Damit ist auch das entscheidende Thema „Integration“ berührt, deren Fehlen die zweite und quantitativ vielleicht folgenreichste Ursache zunehmender Enthaltung sein dürfte.

4. Ohne Integration kaum Partizipation

In jedem Fall bedeutungsvoll für um Stimmen werbende Parteien und Politiker ist die Erkenntnis, daß bezüglich der Frage der Beteiligung an Wahlen die alte These, Wählerverhalten sei Gruppenverhalten, neue Nahrung bekommen hat. Die Realität sieht oft anders aus als die verbreitete Ideal- oder Wunschvorstellung, der mündige Bürger entscheide nach reiflicher und unbeeinflusster Überlegung für oder gegen die Stimmabgabe, für eine Partei oder einen Kandidaten. Daß Wahlbeteiligungsverhalten in starkem Maß ein Gruppenverhalten ist, zeigt sich schon daran, daß die meisten Wahllokalwähler nicht allein zur Stimmabgabe kommen. Gerade die Entscheidung für oder gegen die Stimmabgabe ist in vielen Fällen gar keine - Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung können relativ zufällig zustandekommen. Bei der gemeinsamen Unternehmung "Urnengang" und unter Umständen selbst dann, wenn die Stimmabgabe einzeln erfolgt, mag nämlich ein stärker motivierter Wahlberechtigter einen anderen mitziehen. Auch deswegen beteiligen sich Verheiratete oder in eheähnlicher Gemeinschaft Lebende immer in deutlich höherem Maß an Wahlen als alleinlebende Ledige, Geschiedene und Verwitwete. Auch deswegen wächst tendenziell die Neigung zur Stimmabgabe mit der Zahl der in einem Haushalt lebenden Personen. Besonders deutlich fällt der Unterschied zwischen Single- und Zwei-Personen-Haushalten aus (vgl. Eilfort 1994:233ff.).

Der positive Einfluß von "Geborgenheit" auf die Neigung zur Stimmabgabe liegt vor allem in einem simplen Mitnahme-Effekt sowie dem nicht zu unterschätzenden sozialen Druck:

Wahlberechtigte mit vorhandener, aber nicht starker Motivation zur Wahlbeteiligung werden im Wortsinn zum Mitläufer, wenn nahestehende Personen zur Wahl gehen. Je mehr Menschen das enge Umfeld ausmachen und je enger die Bindung ist, desto größer also die Chance, daß, falls der eigene Drang zur Wahlurne nicht ausreicht, ein ausschlaggebender Impuls von außen erfolgt.

Im Hinblick auf die Wahlbeteiligung spielt die mitmenschliche Verbundenheit überhaupt eine wesentliche Rolle. Die Neigung eines Wahlberechtigten, seine Stimme abzugeben, ist umso größer, je mehr Kontakt er zu anderen Menschen hat, je mehr Anteil er am Gesellschaftsleben nimmt. Es erstaunt darum nicht, wenn tendenziell die Wahlbeteiligung in einer Gemeinde oder Stadt umso höher ist, je weniger Einwohner diese hat: In der Regel nimmt mit wachsender Größe einer Kommune die Anonymität zu und die relative Menge an Kontakten ab. Aus dem gleichen Grund wächst der Wahleifer auch mit der Ortsansässigkeit, was sich besonders bei kommunalen Wahlen bemerkbar macht. Je länger jemand in einer Gemeinde oder Stadt lebt, desto eher dürfte er dort verwurzelt, sozial integriert sein.

Die Vereinzelungsdynamik in der Gesellschaft macht nicht Halt bei der Familie. Genauso nehmen Bindungen an Kirchen, Gewerkschaften, Vereine und andere Organisationen ab - und auch damit die Wahlbeteiligung. Den positiven Zusammenhang insbesondere zwischen dem Wahleifer und dem Engagement in Vereinen und anderen Organisationen bestätigen die Angaben der in Stuttgart befragten Bürger. Erstaunlich ist dabei weniger, in welchem Maß z.B. der Wahleifer von Nicht-Vereinsmitgliedern von dem der Mitglieder eines Vereins abweicht, sondern vielmehr, wie er mit größer werdender Zahl der Vereinsmitgliedschaften fast linear zu steigen scheint.

Auch dem zufolge ist nicht oder kaum vorhandene soziale Integration einer der Hauptschlüssel zur strukturellen Erklärung auch von konjunktureller Wahlabstinenz. Der allgemeine Rückgang der Beteiligung bei Wahlen in der Bundesrepublik ist in starkem Maß durch die Abnahme sozialer Bindungen bedingt und so ein Stück weit die logische und normale Folge gesellschaftlicher Entwicklungen. Langfristig wird sich die Zunahme der so begründeten Wahlenthaltung

wohl fortsetzen, da ein Ende oder gar eine Umkehr der Prozesse, die zu immer mehr Desintegration führen, nicht absehbar ist: Die Individualisierung schreitet voran und "Instanzen" wie Kirchen, Vereine, Familie, deren Wirken positive Folgen für die Neigung des einzelnen zur Stimmabgabe hat, verlieren weiter an Einfluß.

Durch gesellschaftliche Auflösungsprozesse begründete bzw. von diesen zumindest mitverursachte Wahlenthaltung mag man als Symptom einer Krise der Gesellschaft verstehen, die sich auf die Politik auswirkt. Für beides, für so begründete Wahlabstinenz wie für eine mögliche Gesellschaftskrise "die" Politik oder das politische System in die Verantwortung nehmen zu wollen, erscheint in jedem Fall gewagt, denn sie können sicher wenig dafür, daß die Mobilisierungsmotoren Familie, Kirche oder Verein immer weniger Menschen ansprechen und zum Wahlgang ermuntern.

5. Die wählenden Nichtwähler – auch ein methodisches Problem

Wie gezeigt, gibt es mehrere Aspekte, die eine gelassener Bewertung, wenn nicht Entdramatisierung wachsender Nichtwählerzahlen nahelegen. Dies bedeutet gleichwohl nicht, daß sie völlig verharmlost werden können. Denn zu einem in der Regel kleineren Teil stellt wachsende Wahlenthaltung durchaus ein Krisensymptom dar, weil es einen neuen Nichtwählertyp gibt. Hier wird die dritte wesentliche Ursache für wachsende Wahlenthaltung in Deutschland zu suchen sein.

Nichtwähler dieses neueren Typ stellten in Deutschland bis Mitte bzw. Ende der 80er Jahre keine meßbare Größe dar. Bis zu diesem Zeitpunkt galt Nichtwählen als eindeutige Funktion des politischen Interessiertheitsgrades: Hohes Interesse führe zur Stimmabgabe, niedriges zur Abstinenz. Dies traf tendenziell zu, auch wenn es - besonders in den frühen Jahren der Bundesrepublik - mehr Wähler als politisch interessierte Bürger gab. Kam es zur Wahlenthaltung, war diese kaum als bewußte politische Handlung zu deuten. Nach wie vor zu Recht kann man sagen: Je mehr sich ein Bürger für Politik interessiert und je mehr er sich darüber informiert, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß er an Wahlen teilnimmt.

Nurmehr von eingeschränkter Aussagekraft ist der Umkehrschluß: Ausgeprägtes politisches Interesse hat nicht mehr die Stimmabgabe als quasi automatische Folge.

Beileibe nicht der Nichtwähler schlechthin, aber ein neuer Nichtwählertyp zeichnete sich nachweisbar anlässlich der Bundestagswahl 1990 durch starkes Interesse an Politik aus (vgl. Eilfort 1994:253ff.). Dass sich dieser neue Typus von Nichtwählern danach in Wohlgefallen aufgelöst hätte, um das Feld wieder allein den „klassischen Nichtwählern“ (vgl. Campbell u.a. 1960:89ff.), also den an der Politik kaum oder keinen Anteil nehmenden, zu überlassen, ist kaum anzunehmen. Wahlenthaltung als Ergebnis einer bewußten, politischen Entscheidung durch politisch interessierte und informierte Bürger dürfte, nach der Schwächung der Wahlbeteiligungsnorm und dem Rückgang gesellschaftlicher Integration, eine weitere wichtige Ursache der allgemeinen Abnahme der Beteiligung bei Wahlen sein. Viele Nichtwähler sind Wähler, haben sich bewußt für die Enthaltung entschieden. Ein Hinweis darauf liegt auch in der Tatsache, daß es trotz des stetig gestiegenen Bildungsniveaus und trotz des vielfach belegten generellen Anstiegs des politischen Interesses in Deutschland zu dem beschriebenen Rückgang der Wahlbeteiligung kam.

Wenn in anderen Studien die Zahl politisch interessierter, bewußter Nichtwähler als vernachlässigbare Größe erscheint oder deren Existenz gar völlig verneint wird, liegt das wohl vor allem daran, daß gerade diese Nichtwähler dazu neigen, sich bei Umfragen der sozialen Norm des Wählen-Müssens anzupassen und deshalb falsche Angaben zu machen. Auch aus diesem Grund geben bis heute bei Vorwahlbefragungen immer deutlich mehr Bürger an, wählen gehen zu wollen, als es nachher tatsächlich tun.

Nun ist der natürlich von Wahl zu Wahl differierende Anteil der wählenden Nichtwähler an der Gesamtnichtwählerschaft jeweils kaum präzise zu quantifizieren - methodische Probleme sprechen gegen die Seriosität jedes Versuchs, dies dennoch zu tun: Rationalisierung, andere Verzerrungen durch Erhebungssituation und Erhebungsart und vor allem Probleme bei der Erfassung der Nichtwähler stehen dem im Weg.

Die Stuttgarter Untersuchung 1991 (vgl. Eilfort 1994:95ff.) war die erste und bislang auch einzige in Deutschland, bei der sich die Möglichkeit ergab, anhand der Wählerverzeichnisse die von den Befragten gemachten Angaben zu überprüfen. Um Antworten zur jeweiligen Motivation von Nichtwählern und Wählern zu finden, wurden über 20.000 repräsentativ ausgewählte Bürger schriftlich befragt. Knapp zwei Drittel beteiligten sich an der Untersuchung, letztlich ausgewertet wurden 5336 Stellungnahmen von Wählern und 2116 von Nichtwählern. Dabei stellte sich heraus, daß mehr als ein Viertel der erwiesenen Nichtwähler, die an der Befragung - in Form eines schriftlichen Fragebogens - teilnahmen, dort falsche Angaben machten. Und, noch wichtiger: Es waren dies weit überdurchschnittlich politisch interessierte, bewußte Protest-Nichtwähler, die ihre Enthaltung wohl auch deshalb verschwiegen, weil sie die Wahlteilnahme-Norm besonders bejahten und demzufolge ein schlechtes Gewissen hatten.

Es ist zu keinem Zeitpunkt der Eindruck erweckt worden, dass die Stuttgarter Bevölkerung 1991 bzw. die aus ihr zufallsausgewählten Befragten vollständig repräsentativ für die Bevölkerung der Bundesrepublik waren. Nicht unbegründet ist auch der Einwand, dass als Folge der gewählten Befragungsmethode politisch Interessierte auch unter den teilnehmenden Nichtwählern überrepräsentiert waren (vgl. Gabriel/Völkl 2004:241). Dementsprechend wurde immer klargestellt, dass die wählenden Nichtwähler nicht einen Löwenanteil unter den Nichtwählern ausmachten, mithin die Wahlbeteiligung grundsätzlich bzw. in starkem Masse weiter eine Funktion der politischen Interessiertheit bleibe.

Und dennoch: Im Overreporting liegt eindeutig die Schwäche aller herkömmlichen Umfrage- und Auswertungstechniken bei der Erforschung der Gründe von Wahlenthaltung. Das räumen auch jene ein, die in stärkerem Masse oder fast ausschließlich ein Mehraufkommen „klassischer Nichtwähler“ für die Zunahme der Enthaltung verantwortlich machen (vgl. Gabriel/Völkl 2004:224). Jede noch so ausgeklügelte Umfragemethode oder -ergebnisinterpretation muß an diesen eben nicht bekennenden, sondern unaufrichtigen Nichtwählern ihre Grenze finden, solange nicht nachgewiesene, sondern nur angegebene, mehr oder weniger direkt erfragte Wahlbeteiligung Grundlage der Untersuchung ist. Und, noch wichtiger, soweit, wie für Stuttgart belegt, die unaufrichtigen Nichtwähler eben nicht dem Durchschnitt der Nichtwähler entsprechen, es durch das Overreporting also nicht nur zu geringeren Fallzahlen an erfassten

Nichtwählern, sondern auch zu einer qualitativen Fehleinschätzung bezüglich ihrer Motivation kommt.

Offen wird auch in anderen Untersuchungen auf diese problematische Beziehung von Nichtwählern und Meinungsumfragen eingegangen, zwei kommen mit ihren Ansätzen dem Problem sehr nahe. Gleichwohl müssen Zweifel bleiben, ob mit denjenigen, die man als "heimliche Nichtwähler" (Hoffmann-Jaberg/Roth 1994: 137 - Befragte, die kurz vor der Wahl "angeben, nicht zu wissen, ob sie zur Wahl gehen oder aber keine Partei angeben können, für die sie sich entscheiden wollen") oder "potentielle Nichtwähler" (Falter/Schumann 1994: 183 - im Bezug auf die Bundestagswahl 1990 "diejenigen Befragten, die im Frühsommer 1990 entweder schon mit Sicherheit angeben konnten, sie würden nicht zur Wahl gehen oder dies noch nicht genau zu sagen wußten") einordnet, die besonders unaufrichtigen, politisch interessierten Nichtwähler erfaßt werden können.

Gleiches gilt für den Versuch, mit einem „gepoolten Querschnittsdatensatz“ vorzugehen (Gabriel/Völkl 2004:222), mit dem sich das geschilderte „Problem etwas entschärfen“ lasse. Daß es sich in naher Zukunft von selbst erledigt, ist nicht unbedingt zu erwarten: Zwar geht, wie geschildert, die Verankerung der Auffassung von dem Wahlgang als Pflicht und damit auf Aggregatebene die Intensität der sozialen Norm zurück - was wohl auch zur festgestellten Zunahme in Umfragen bekenntlicher Nichtwähler beigetragen hat. Aber mindestens Teile derjenigen, die man gerne erfassen würde, bleiben wohl unerreichbar, da sie diese Norm immer noch am stärksten bejahen - also in Umfragen vermutlich weiterhin unaufrichtig sein werden. Ohne Zugriff auf die Wählerverzeichnisse – bei gleichzeitiger Wahrung des Wahlheimnisses bzw. der Anonymität wie 1991 in Stuttgart – wird der Anteil der „wählenden Nichtwähler“ an den Nichtwählern insgesamt eher eine große Unbekannte bleiben.

6. Nichtwählen wg. "Politikverdrossenheit"

Wogegen richtet sich nun der Protest eines Teils der Nichtwähler? Als Gründe der subjektiv empfundenen Unzufriedenheit werden wählende Nichtwähler in der Regel politische Skandale

und Affären ("alle korrupt"), Bürgerferne ("die da oben machen doch, was sie wollen"), ungelöste Probleme und fehlende Alternativen ("Parteien sind alle gleich") benennen - kurz: Vieles, was man gern mit dem Totschlagswort "Politikverdrossenheit" umschreibt. Wahlenthaltung ist ein neues Ventil für die gewiß nicht neue Erscheinung "Politikverdrossenheit" geworden. Fast erstaunlich ist dabei auch, daß sich diese diffuse Unzufriedenheit eher als ein schicht- denn als ein altersspezifisches Problem erweist. Die Vorstellung von den korrupten und schlechten Politikern, der Glaube an die eigene Ohnmacht ist vor allem bei den sogenannten "kleinen Leuten" verbreitet - wohl einer der Gründe dafür, daß z.B. bei den Arbeitern die Neigung zu Wahlenthaltung wie zum oft nächsten, zweiten Schritt, der Protestwahl, zugenommen hat (vgl. Eilfort 1994:261ff.).

Nichtwählen als politisches Votum dürfte allerdings im Gegensatz zu der Hochphase der "Politikverdrossenheit" zu Beginn der 1990er Jahre etwas an Bedeutung verloren haben. Der 1998 erstmals nicht durch Koalitionswechsel, sondern durch Wählerentscheid herbeigeführte Regierungswechsel mag zudem dem demokratischen Souverän den möglichen Erfolgswert der Stimmabgabe wieder deutlich gemacht haben.

Ebenso scheint bei manchem Bürger, der 1992/1993 und abgeschwächt auch um 2000 seiner Verdrossenheit bei jeder Gelegenheit Ausdruck verlieh, die Bereitschaft gewachsen zu sein, subjektiv empfundene Unzufriedenheit zu hinterfragen. Es konnte wohl auch kaum alles, was da auf Politikern und Parteien abgeladen wurde, objektiv von ihnen zu verantworten sein! Zum Anstieg der "Politikverdrossenheit" und damit der Wahlenthaltung dürften eine veränderte Wahrnehmung politischer Geschehnisse durch Medien und Bürger sowie außen- und innenpolitische Wandlungsprozesse mit der Folge von Orientierungslosigkeit, nachlassendem Gemeinsinn und vielleicht überhöhten Erwartungen an die Politik zumindest beigetragen haben.

In jedem Fall sollte man sich davor hüten, Nichtwähler zu Helden zu erklären: Nicht jeder Akt von bewußter Abstinenz, vor allem nicht jeder erklärte, ist als Mahnung an die eigene Partei oder als flammender Protest und Produkt wachsamer Intelligenz eines um die Demokratie besorgten Staatsbürgers zu sehen. Weil es vielmehr immer gut aussieht, wenn man sich als solcher ausgibt, äußert auch so mancher, der es schlicht aus Bequemlichkeit nicht zum Wahllokal geschafft hat,

in Umfragen angeblichen Verdruß: Rationalisierung trägt stark zur Überschätzung der "Politikverdrossenheit" bei.

Bezüglich des Zusammenhangs zwischen Bundestagswahlkämpfen und der Neigung zur Wahlbeteiligung lautet eine zentrale Erkenntnis: Polarisierung mobilisiert! Es ist kein Zufall, dass die höchste jemals bei Bundestagswahlen erreichte Beteiligung mit 91,1 Prozent bei der Wahl 1972 erreicht wurde, als sich mit Willy Brandt und Rainer Barzel die Kandidaten wie ihre Politikinhalte, z.B. die Ostpolitik, diametral gegenüberstanden. Die Menschen wählen eben lieber zwischen Schwarz und Weiß als zwischen Dunkelgrau und Hellgrau. Sogenannte „tweedledee-tweedledum-choices“, wie die Engländer sagen, locken mäßig interessierte und eher ungebundene Wahlberechtigte kaum hinter dem Ofen hervor.

Es gibt sehr viele Nichtwähler, die mangelnde Unterschiede zwischen den Parteien und damit eine fehlende Auswahl beklagen und mangels Angebot auf die Nachfrage am Wahltag verzichten. Es gibt auf der anderen Seite jedoch einige Nichtwähler, die, ausgehend von einem vielleicht eher „unpolitischen“ Standpunkt, Streit ablehnen, am liebsten überall Konsens hätten und mit dem Hinweis auf die schlimmen Auseinandersetzungen in der Politik ihre Abstinenz begründen (vgl. Eilfort 1994:272ff.). Kurz: Man kann es sowieso nicht allen recht machen - ein weiterer Grund dafür, das Phänomen Wahlenthaltung nicht zu dramatisieren.

7. Qualität einer Demokratie nicht an Wahlbeteiligung meßbar

Nichtwähler sind nicht die Helden und genausowenig die Totengräber der Demokratie. Wahlenthaltung bzw. die Höhe der Wahlbeteiligung sollte also weder idealisiert noch dramatisiert werden. Sie sagt ohnehin kaum etwas über das Funktionieren einer Demokratie aus. Noch keine - siehe die Beispiele Schweiz und USA - ist an zu niedriger Beteiligung gescheitert. Eher eine, nämlich die Weimarer Republik, an zu hoher Beteiligung, weil es der NSDAP offensichtlich gelang, in der Weltwirtschaftskrise politisch weniger interessierte, vormalige Nichtwähler zu mobilisieren. Einen Beleg dafür, daß die Stimmabgabe kein Wert an sich ist, stellten die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 1998 und 2002 dar: In den Wahlkreisen mit den

höchsten Zuwachsraten bei der Wahlbeteiligung erzielte die DVU 1998 ihre besten Ergebnisse! 2002 sank die Beteiligung um fast unglaubliche 15 Prozentpunkte – und die DVU schied sang- und klanglos aus dem Landtag in Magdeburg aus. Auch das Ausscheiden der „Republikaner“ aus dem baden-württembergischen Landtag 2001 bei Rekordwahlenthaltung oder der mit Hilfe einer niedrigeren Wahlbeteiligung 2004 in Hamburg erreichte „Schill-Out“ unterstreichen, dass Wahlabstinenz durchaus positive Seiten haben mag.

Überhaupt wird immer noch viel zu oft die Diskussion über Nichtwähler von falschen Annahmen geprägt, mit irreführenden Begriffen geführt, zuweilen zu politischen Zwecken instrumentalisiert. Penetrant hält sich in der Politik, in der politischen Bildung wie unter Journalisten die Auffassung, steigende Wahlbeteiligung signalisiere, alles sei in bester Ordnung, während man bei sinkender Wahlbeteiligung sofort auf eine Krise des Systems schließen und die Schuldigen dingfest machen müsse - je nach Perspektive "die" Politik generell oder die jeweils anderen Parteien.

Wie hoch aber eine "richtige" Wahlbeteiligung sein sollte, ist nicht normativ festzulegen. Die Beurteilung hängt, was zur Versachlichung der Diskussion über Nichtwähler nicht oft genug gesagt werden kann, vom demokratiethoretischen Blickwinkel ab. Nach der inputorientierten Demokratietheorie sollen in den politischen Prozeß die Ansichten und Wünsche aller Bürger einfließen und das zu wählende Gremium sie möglichst vollständig repräsentieren. Die Stimmabgabe wird so zum Wert an sich, angestrebt wird ein Beteiligungsmaximum. Wahlenthaltung wäre also durchweg negativ zu bewerten. Dagegen sieht die outputorientierte Demokratietheorie in der Wahl vor allem ein Mittel zum Zweck. Macht soll zugewiesen und die Leistungsfähigkeit eines Systems garantiert werden (vgl. Scharpf 1970:25ff.). Eine hohe Wahlbeteiligung ist dazu nicht nötig, anzustreben wäre ein Beteiligungsoptimum. Wahlenthaltung kann nach dieser Theorie nützlich sein, insbesondere dann, wenn sie von Menschen ausgeübt wird, die nicht dem Idealbild des "mündigen Staatsbürgers" entsprechen. In diesem Sinne argumentierte 1972 der damalige bayerische Kultusminister Hans Maier, als er, politisch unkorrekt und sehr umstritten, von einer „erschreckend hohen Wahlbeteiligung“ sprach.

Dabei hängen Wahlbeteiligung und -enthaltung von so vielen Faktoren ab und können auf so unterschiedlicher Basis betrachtet werden, daß pauschale Bewertungen wohl kaum sachgerecht sein können. Die Stimmabgabe darf beileibe nicht in jedem Fall als Ausdruck "guter", "demokratischer" Gesinnung oder als Unterstützung für das System bzw. Parteien und Politiker überhöht werden - schließlich gibt es nach wie vor auch "Formaldemokraten", die nur wählen, weil "es sich gehört", radikale Protestwähler und im Grunde unzufriedene "Gerade-noch-Wähler" etablierter Parteien. Auch Wahlenthaltung mag Ausfluß bewußter und durchdachter Entscheidungen "guter" Demokraten sein, kann überdies gerade Systemzufriedenheit ausdrücken nach dem Motto: "Wer schweigt, stimmt zu".

Systemopposition nach dem APO-Motto von 1969, „Schweine regieren, Esel wählen“, ist damals wie heute empirisch jedenfalls nicht feststellbar und der Sponti-Spruch „Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten“ spätestens seit 1998 ad absurdum geführt. Derjenige, bei dem ein wie auch immer ausfallendes Wahlergebnis nicht zu existentiellen Ängsten führt, mag leichteren Herzens einmal auf die Stimmabgabe verzichten.

Leider ist das Vorurteil, eine hohe Wahlbeteiligung zeige an, wie stabil ein politisches System und wie demokratisch gesinnt die Menschen seien, nirgends so verbreitet wie in Deutschland. Deshalb konnte und kann es immer noch nicht überraschen, daß der Rückgang des allgemeinen Wahleifers von der breiten Öffentlichkeit und auch vielen politischen Akteuren vor allem als Krisenzeichen empfunden wurde - und immer wieder wird. Die dadurch ausgelöste eifrige Suche nach den Gründen der - vermeintlichen? - Krise förderte die angebliche "Politikverdrossenheit" der Deutschen wahrscheinlich mehr, als manches, was bei der Suche letztendlich ausgemacht wurde.

9. Schluß

Auch deutlich niedrigere Wahlbeteiligungswerte beeinträchtigen das Funktionieren eines politischen Systems nicht zwangsläufig bzw. können sogar förderlich sein. Die Frage, ob Nichtwählen eher ein strukturelles oder eher ein konjunkturelles Problem sei, könnte man

demnach durchaus mit der Gegenfrage beantworten, ob Wahlenthaltung überhaupt als Problem zu bewerten sei. Die Reaktion müßte dann wohl ein Hinweis auf die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung von Fall zu Fall sein.

Die Zunahme der Nichtwähler seit Mitte der 1970er Jahre ist, soweit man doch den Versuch einer Generalisierung wagen will, wohl ein Stück weit als Krisensymptom zu sehen, dürfte vor allem anderen aber Ausdruck einer Normalisierung bzw. von demokratischer Normalität sein - besonders im internationalen Vergleich. Daß sich beide Deutungen zwar auf der individuellen Ebene, nicht jedoch im Aggregat widersprechen, wurde wiederholt zu Recht festgestellt. Es gilt, Wahlenthaltung weder zu dramatisieren noch zu verharmlosen, vor allem aber, sie nie pauschal zu bewerten.

Schwierig, wenn nicht unmöglich ist auch das Bestreben, die jeweilige Bedeutung der beschriebenen Ursachen wachsender Wahlenthaltung genauer zu quantifizieren. In Zahlen gegossene Präzision gilt auch in den Sozialwissenschaften oft als Tugend für sich und wird von den Medien bevorzugt aufgegriffen. Sie stellt in diesem Fall aber bestenfalls den Anschein mathematischer Genauigkeit her. Die Frage, wieviel Prozent „der“ (neuen) Nichtwähler auf wachsende Desintegration, wieviel auf den Wertewandel, wieviel auf „Politikverdrossenheit“ oder andere Gründe zurückzuführen sind, ist nicht seriös zu beantworten. Sie scheitert methodisch schon an der bei jeder Wahl veränderten Zusammensetzung und Motivation „der“ Nichtwähler. Dazu liegen manche potentiellen Ursachen der Enthaltung eng beisammen, können Gründe zur Abstention sich verstärken, aber zuweilen auch aufheben.

Was ist letztlich Ursache, was Wirkung? Was gibt am Ende (zufällig) den Ausschlag. Mit Massen- bzw. Aggregatdaten ist dies sowieso nicht zu beantworten, Individualdaten wiederum haben andere Grenzen. Zu klären wäre dies nie allgemein, sondern nur für den konkreten Fall einer bestimmten Wahl und dann am besten durch unmittelbar darauf folgende Tiefeninterviews mit allen deutschen Wahlberechtigten...

Eine gelassene, nüchtern abwägende Betrachtung empfiehlt sich auch bei der Debatte um die Konsequenzen, die aus Wahlenthaltung zu ziehen seien - oder auch nicht: Mögliche Reformen in

den Parteien, in der Festlegung, Gestaltung, Vermittlung von Politik und in den Verfassungen von Bund und Ländern sollte man nie ausschließen - blinden Aktionismus aber vermeiden. Die Wahlpflicht, mit der sich in regelmäßigen Abständen einzelne Politiker eine Tages-Schlagzeile sichern, ist als Förderprogramm für Protestparteien ebenso kritisch zu sehen wie die in manchen Bundesländern im Fall der Kommunalwahlen schon beschlossene Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Ob die oft ins Spiel gebrachten "plebiszitären Elemente" mehr sein können als eine Spielwiese für die Aktiveren der Bildungsbürger, ist auch nicht sicher. Man kann ihre vermehrte Anwendung sicher aus demokratietheoretischen Erwägungen fordern, sollte diesen Punkt aber nicht mit dem Phänomen Wahlenthaltung verknüpfen: Der Anteil der Nichtwähler, der sich durch andere Arten von Abstimmungen an die Urne locken ließe, dürfte sehr gering sein.

Wegen des nachlassenden "staatsbürgerlichen Pflichtbewußtseins" und wegen der Abnahme von gesellschaftlichen Bindungen wird die Wahlbeteiligung in Deutschland jedenfalls langfristig eher weiter absinken. Darin kann, aber muss kein Problem liegen. Laut Grundgesetz sind die Wahlen gleich, unmittelbar, geheim und frei. Letzteres schließt auch das Recht ein, nicht zu wählen. Wenn Bürger dieses Recht wahrnehmen, sollte man sie deswegen nicht verurteilen und, wenn es eine größere Anzahl ist, die Demokratie nicht gleich am Abgrund sehen. Deutschland wird sich an niedrigere Beteiligungsraten so oder so gewöhnen müssen. Für die Parteien in Deutschland werden die Nichtwähler, wird vor allem deren Mobilisierung in Wahlkämpfen eine noch zentralere Herausforderung werden. Eine Herausforderung bleibt der gelassene Umgang mit dem Phänomen „Wahlenthaltung“ auch für eine aufgeklärte und gefestigte demokratische Gesellschaft.

Literatur

Arzheimer, Kai: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden 2002

Campbell, Angus/Converse, Philip/Miller, Warren/Stokes, Donald: The American voter, New York 1960

- Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994
- Falter, Jürgen/Schumann, Siegfried: Der Nichtwähler - das unbekannte Wesen, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): Wahlen und Wähler, Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen 1994, S. 161-213.
- Feist, Ursula: Nichtwähler 1994. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994, in: ApuZ, B51-52 1994, S. 35-46.
- Feist, Ursula/Liepelt, Klaus: Stärkung und Gefährdung der sozialliberalen Koalition, in: ZParl 1981 (Jg. 12), Heft 1, S. 26-33.
- Gabriel, Oscar/Völkl, Kerstin: Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs. Eine Analyse der Bundestagswahl 2002, in: Brettschneider, Frank/Roller, Edeltraud/van Deth, Frank (Hg.): Die Bundestagswahl 2002, Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes, Opladen 2004, S. 221-248.
- Hoffmann-Jaberg, Birgit/Roth, Dieter: Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien?, in: Bürklin, Wilhelm/Roth, Dieter (Hg.): Das Superwahljahr, Köln 1994, S. 132-159.
- Kepplinger, Hans Matthias: Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft. Freiburg/München 1998 (Alber-Reihe Kommunikation, Band 24)
- Kleinhenz, Thomas: Die Nichtwähler, Opladen 1995
- Krämer, Jürgen/Rattinger, Hans: Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse, in: PVS, Heft 2/1995, S. 267-285.
- Kühnel, Steffen: Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen 2001, S. 11-42.
- Lavies, Ralf-Rainer: Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht, Düsseldorf 1973
- Meier, Jürgen: Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland, Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen. Opladen 2000
- Renz, Thomas: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion, in: ZParl, Heft 4/1997, S. 287-303.

Roth, Dieter/Kornelius, Bernhard: Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Gütersloh 2004 (Herausgeber und Verlag Bertelsmann Stiftung)

Scharpf, Fritz: Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Kronberg/Taunus 1970

Schumpeter, Joseph: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950

Völker, Marion und Bernd: Wahlenthaltung. Normalisierung oder Krisensymptome? Wiesbaden 1998

Würzburger, Eugen: Die "Partei der Nichtwähler", in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1907, Jg. 33, Folge III, S. 381-388.